



# Bericht aus Berlin

23. November 2017

*Liebe Freundinnen und Freunde,*

ich bedauere es sehr, dass die FDP sich entschlossen hat, die sicherlich schwierigen, aber gerade auf die Zielgerade eingebogenen Sondierungsgespräche abzubrechen. In vielen Bereichen gab es bereits tragfähige Kompromisse, in denen sich alle am Verhandlungstisch sitzenden Parteien hätten wiederfinden können. Der Union war es gelungen, wichtige Schwerpunkte zu setzen.

Ein „Pakt für Familien“ war bereits Konsens und hätte eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro, die entsprechende Anpassung des Kinderfreibetrages sowie ein Baukindergeld gebracht. Ein „Sofortprogramm Pflege“ zielte auf die dringend überfällige bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege.

Übereinstimmung gab es auch für einen weitgehenden Abbau des Solidaritätszuschlages und die steuerlichen Entlastung von niedrigen Einkommen. Mit 7.500 zusätzlichen Stellen für die Polizei und einem Ausbau der Videoüberwachung sollte dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung getragen werden. Gemeinsame Wege und Ziele gab es auch bei der Deckelung von Sozialversicherungsbeiträgen, einer Rentenaufstockung für Frauen mit niedriger Rente, Entbürokratisierung und einer umfassenden Unterstützung für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume.

Sicherlich musste die Union im Ringen um Kompromisse auch Zugeständnisse machen. Insgesamt waren die vier Parteien nach meiner Einschätzung aber auf einem guten Weg, um eine solide Basis für eine tragfähige Koalition und eine gemeinsame Regierungszeit zu finden.

Doch diese Option ist jetzt Geschichte. Die Tür zu einer neuen politischen Konstellation, einer neuen Form der Zusammenarbeit für unser Land ist vorerst

zugeschlagen. Jetzt sind wir gefordert, neue Lösungen zu finden.

Für mich gilt: Der Wähler hat der Union mit Angela Merkel einen klaren Regierungsauftrag erteilt und wir werden alles daran setzen, ihn zu erfüllen. Gerade in dieser – in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmaligen Situation - haben wir die Verpflichtung, zuerst an das Wohl unseres Landes zu denken und Parteiinteressen hintenan zu stellen. Auf absolutes Unverständnis stößt bei mir deshalb die fortgesetzte Verweigerungshaltung der SPD. In einer Demokratie gilt: Wer sich zur Wahl stellt, muss auch bereit sein, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, MdB, auf folgende Themen ein:

- Auf uns als Union von CDU und CSU kommt es jetzt an.
- Wichtige Bundeswehrmandate zu beraten.
- Hauptausschuss, Geschäftsordnungs- und Petitionsausschuss.

*Mark Helfrich*

**Mark Helfrich**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 78174

Fax 030 227 70175

mark.helfrich@bundestag.de

www.mark-helfrich.de